



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoglu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Bürokratie abbauen, Ausländerbehörden entlasten 3: Wartezeitauskunft der deutschen Rentenversicherung bei Erteilung einer Niederlassungserlaubnis digitalisieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die Datenübermittlung zwischen Rentenversicherung und Ausländerbehörden im Rahmen der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis verbessert wird. Hierzu sollte der Standard XAusländer um eine entsprechende Komponente erweitert werden, die eine automatisierte, medienbruchfreie Datenübermittlung der Wartezeitauskunft der deutschen Rentenversicherung ermöglicht.

Begründung:

Die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis setzt in einigen Fällen die Vorlage einer Wartezeitauskunft der deutschen Rentenversicherung voraus. Nach § 82 Abs.1 S.1 AufenthG muss die antragstellende Person dieses Dokument eigenständig bei der Rentenversicherungsanstalt oder im Versorgungsamt einholen und sodann an die Ausländerbehörden übermitteln. Eine digitale Schnittstelle zwischen der deutschen Rentenversicherung und den Ausländerbehörden würde diesen Prozess für alle Beteiligten vereinfachen und beschleunigen.

Der Standard XAusländer ist ein Datenaustauschformat zum elektronischen Austausch von Daten zwischen den Behörden in der Ausländerverwaltung in Deutschland. XAusländer wird seit November 2011 in den Behörden angewandt. Genutzt wird er z.B. in der Kommunikation der Ausländerbehörden untereinander, zwischen Ausländerbehörden und Meldebehörden und zwischen den Behörden im Austausch mit dem Ausländerzentralregister.

Um welche Themengebiete und Schnittstellen der Standard XAusländer erweitert wird, legt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemeinsam mit VertreterInnen von Bund, Ländern und Kommunen und der Koordinierungsstelle für IT-Standards fest. Die Staatsregierung soll sich in diesem Rahmen für eine entsprechende Erweiterung des Anwendungsgebiets von XAusländer einsetzen.